

Felix Ludwig

Prediger der Demokratie

Die Deutsche Hochschule für Politik und die
politische Bildung in West-Berlin

(1949–1972/74)

Gebr. Mann Verlag · Berlin

Zugl. Dissertation, Friedrich-Schiller-Universität Jena, 2021

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im
Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2023 Gebr. Mann Verlag · Berlin
www.gebrmannverlag.de

Alle Rechte vorbehalten.
Gedruckt auf säurefreiem Papier, das die US-ANSI-Norm über Haltbarkeit erfüllt.

Lektorat: Anna Felmy, Merle Ziegler, Gebr. Mann Verlag · Berlin
Satz: Gebr. Mann Verlag · Berlin
Coverentwurf: Alexander Burgold · Berlin

Coverabbildungen: Covergestaltung unter Verwendung von Bildausschnitten (v.l.n.r.):
Otto Suhr (siehe Abb. 9), Otto Heinrich von der Gablentz (Abb. 5), Ilse Kempfer, Willy
Brandt, Eberhard Aleff (Abb. 10), Gebäude des Otto-Suhr-Instituts (Abb. 6), handschrift-
liche Notizen (Abb. 8), Ernst Fraenkel (Abb. 7)

Schrift: Palatino
Papier: 80g/m² Werkdruck hochweiß
Druck und Verarbeitung: Hubert & Co. · Göttingen
Printed in Germany

schriften.bundesarchiv.de (Open-Access-Ausgabe als E-PDF)
ISBN 978-3-7861-2897-7 (Print)

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort	7
1. Einführung	9
2. Genese eines Projektes (1920–1952/53)	31
2.1. Politikwissenschaft und Demokratiebildung <i>avant la lettre</i>	32
2.2. Politische Theorie in Widerstand und Emigration.....	52
2.3. Das Gründungsmoment der Deutschen Hochschule für Politik	67
2.4. Hochschule am Scheideweg.....	87
2.5. Die Berliner Politologie als defensive Demokratiewissenschaft.....	106
3. Professionalisierungsprozesse (1952–1959)	109
3.1. Auf direktem Weg in die Akademisierung?.....	110
3.2. Lehre für den Pluralismus	137
3.3. Scheitern an akademischen Mauern	152
3.4. Ausbruch aus dem Elfenbeinturm.....	169
3.5. Politologie und politische Agenda	186
3.6. <i>Trial-and-Error</i> einer Hochschule	198
4. Erfolg und Erosion des pluralistischen Projektes (1959–1967)	203
4.1. Anerkennung und Überlastung	205
4.2. Verlust alter Prioritäten.....	233
4.3. Der Senatsbeauftragte für politische Bildungsarbeit	244
4.4. Lehrkräfte als Stützen des Pluralismus?.....	255
4.5. Die Belle Époque der Demokratiebildung	281

5. Die Landeszentrale „fern vom bloßen Anti“ (1958–1967)	285
5.1. Die bezweifelte Gründung	286
5.2. Selbstverständigung und Selbstlegitimation.....	296
5.3. Die saturierte Behörde?	331
5.4. Das institutionelle Tandem des pluralistischen Projektes	353
6. Die Revolution frisst ihre Väter (1967–1972)	355
6.1. Reform und Radikalisierung	356
6.2. Vom Pluralismus zur offensiven politischen Bildung	376
6.3. Landeszentrale zwischen den Fronten.....	392
6.4. Das Ende des pluralistischen Projektes?	409
7. Schluss	413
Danksagung	422
Abkürzungsverzeichnis	423
Quellenverzeichnis	425
Verzeichnis archivalischer Quellen.....	425
Verzeichnis gedruckter Quellen.....	426
Literaturverzeichnis	431
Personenregister	445

Geleitwort

Unter dem Titel „Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus“ hat die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien im Jahr 2016 ein umfangreiches Forschungsprogramm aufgelegt. Es entstand vor dem Hintergrund eines neu erwachten Interesses für die Kontinuitäten zwischen den Behörden und Verwaltungen des nationalsozialistischen Deutschen Reichs und ihren Nachfolgeeinrichtungen insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland. Über die „braunen Wurzeln“ (Dieter Schenk) bundesdeutscher Behörden entstanden zunächst Untersuchungen über das Bundeskriminalamt, das Auswärtige Amt und das Bundesamt für Verfassungsschutz, die von den betreffenden Behörden selbst in Auftrag gegeben wurden. Vergleichbare Studien über das Wirtschaftsministerium, das Justizministerium, den Bundesnachrichtendienst und andere Ministerien und Bundesbehörden folgten. Christian Mentel und Niels Weise haben 2016 „Stand und Perspektiven der Forschung“ in ihrem Forschungsbericht über „Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus“ zusammengefasst. Die dort vorgestellten Ergebnisse und Lücken haben die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien veranlasst, ein Programm aufzulegen, um unabhängige, nicht von den betreffenden Behörden selbst beauftragte Studien anzuregen und zu fördern. Diese sollten auch neuen, die klassischen Ansätze der Verwaltungsgeschichte fortentwickelnden Fragestellungen nachgehen. Die Organisation und administrative „Abwicklung“ des Programms wurde dem Bundesarchiv anvertraut, das seinerseits durch das Bundesverwaltungsamt unterstützt wurde. Eine unabhängige Expertenkommission traf eine Auswahl von zehn Projekten, die geeignet schienen, die mittlerweile so apostrophierte „Behördenforschung“ um neue Perspektiven zu bereichern.

Die Durchführung der Projekte wurde seit 2020 durch die Covid-19-Pandemie zum Teil erheblich behindert. Die weitreichenden Einschränkungen insbesondere bei der Archivnutzung führten zwangsläufig zu Verzögerungen und zusätzlichen Mittelbedarfen. Da die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien zusätzliche Mittel bereitstellen konnte, war es grundsätzlich möglich, Projektabbrüche zu vermeiden.

Die daraus hervorgehenden Studien werden nun in einer Sonderreihe der Schriften des Bundesarchivs publiziert, sofern die Projektträger sich nicht entschlossen haben, ihre Ergebnisse eigenständig zu veröffentlichen. Verantwortlich für Inhalt und Ergebnis der nun sukzessive erscheinenden Bände sind allein die Projektverantwortlichen sowie die Autorinnen und Autoren der Studien.

Den ersten Band der Sonderreihe bestreitet Felix Ludwig mit einer Darstellung der Anfänge der politischen Bildung in West-Berlin. Mit seiner Schilderung der Umstände der Gründung der Deutschen Hochschule für Politik und detaillierten biogra-

fischen Analysen von drei der wesentlichen Akteure präsentiert er die prägnanten ersten Jahrzehnte der Politikwissenschaft an der Schnittstelle zwischen Ideen-, Institutionen- und Praxisgeschichte.

Koblenz/Berlin, im März 2023

Prof. Dr. Michael Hollmann
Präsident des Bundesarchivs

1. Einführung

Der Duden definiert „predigen“ mit doppelter Bedeutung: Einerseits beschreibt das Wörterbuch den Begriff religiös als Verkündigung des Evangeliums und andererseits umgangssprachlich als „nachdrücklich [etwas] im belehrenden Ton sagen“.¹ Karl Johannes Richter verstand seine Arbeit in genau diesem Sinne: Der hochgewachsene Mittdreißiger war 1958 frisch ernannter stellvertretender Leiter der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit West-Berlin. Für ihn galt es, den Mitbürger:innen² die keine Dekade alte bundesdeutsche Demokratie „nachdrücklich“ und gewiss auch „belehrend“ ans Herz zu legen. Doch beschränkte sich sein Selbstverständnis nicht allein auf diese Form politischer Bildung. Vielmehr hatte er die Ideen seiner Mentoren von einer pluralistischen Demokratie so tief verinnerlicht, dass man in der Tat von einem „Evangelium“ sprechen kann.

Freilich kommunizierte er dieses Selbstverständnis kaum nach außen. Allerdings schlich es sich trotzdem bisweilen in seine Wortwahl. So schrieb er 1965 – Richter hatte inzwischen die Leitung der Behörde übernommen – an die Bundeszentrale für politische Bildung: „Wir meinen, daß die Missionierung auf diesem Sektor [der freiheitlich-rechtsstaatliche Demokratie] gegenüber allen anderen Themenbereichen unbedingt Schlüsselcharakter haben muss.“³ Im selben Jahr formulierte als Aufgaben der politischen Bildung die Vermittlung von Wissen, Einsichten und Verhaltensweisen als eine Art „Missionslehre“ für die freiheitlich-demokratische Grundordnung.⁴

In diesem Zuge forderte er von der Politologie, die fachlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Das kam nicht von ungefähr: Richter war der damals noch jungen Wissenschaft eng verbunden. Genau genommen war er weder der einzige noch der erste Prediger der Demokratie in der von der sozialistischen DDR-Diktatur eingeschlossenen Halb-Stadt West-Berlin. Er hatte Vorbilder, an die er anschließen wollte: So fragte er kurz nach Amtsantritt Susanne Suhr, die Witwe des kürzlich verstorbenen regierenden Bürgermeister Otto Suhr, nach einem Foto ihres Mannes, „weil die neu errichtete Landeszentrale in so starkem Maße von ihrem verstorbenen Gemahl

1 <https://www.duden.de/rechtschreibung/predigen> (letzter Zugriff: 28.6.2022).

2 Um die Rolle von Frauen transparent zu machen, wird in dieser Arbeit gegendert. Wo dies möglich ist, werden genderneutrale Formen verwendet, andernfalls wird der Doppelpunkt genutzt. Wird nicht gegendert, dann bezieht sich das Wort auf eine ausschließlich männliche Personengruppe. So handelte es sich beispielsweise bei den Professoren der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik bis in die Achtzigerjahre hinein ausschließlich um Männer.

3 LAB B-Rep. 163 61, Richter an Scholz, 23.8.1965.

4 LAB B-Rep. 163 43, Hans-Joachim Winkler an die Lehrstuhlinhaber des Otto-Suhr-Instituts, 18.2.1965, Kurzbericht über die Tagung an der Evangelischen Akademie Berlin „Politologie und Politiker“, 5./6.2.1965.

konzipiert worden ist und daher heute noch seine Züge trägt.“⁵ Suhr, der sich nie ohne charakteristische Fliege am Kragen ablichten ließ, hatte freilich nicht nur Richters Behörde geprägt. Er hatte gezielt die Strukturen der politischen Bildung in West-Berlin aufgebaut. Dabei setzte er vor allem auf die damals noch junge deutsche Politikwissenschaft, die er (wie viele andere auch) im Dienste des geistigen demokratischen Aufbaus der Bundesrepublik sah. Dafür hatte er insbesondere 1949 die Gründung der Deutschen Hochschule für Politik (DHfP) vorangetrieben. Für seine neue Institution rekrutierte Suhr Freunde und Experten: Männer wie Ernst Fraenkel, Otto Heinrich von der Gablentz und Ossip Kurt Flechtheim wurden so zu zentralen Akteuren der neuen Wissenschaft und der praktischen Bildungsarbeit. Über diese Doppelrolle füllten sie das „Evangelium“ für sich selbst und für ihre Schülerinnen und Schüler (Richter sollte bis 1963 bei Fraenkel promoviert werden) mit Inhalten.

Die Einwohner:innen der vom Kommunismus eingekesselten Stadt sollten den Pluralismus mit seinen Konflikten und Kompromissen, mit seinen Parteien, Vereinen und Lobbygruppen auch geistig verinnerlichen. Eine solche Perspektive war in den Fünfzigerjahren weder unter den Intellektuellen und schon gar nicht in breiten Bevölkerungsschichten der Bundesrepublik *common sense*. Entsprechend predigten die Akteure gegen die Reste autokratischer Mentalitäten. Dabei war *Prediger der Demokratie* freilich keine Selbstbezeichnung. Vielmehr handelt es sich um eine *ex post* vergebene Klammer für eine sehr heterogene Gruppe von Personen, die sich in der Praxis des Vortragens als Bildungsarbeit glichen und andererseits in ihren tief verwurzelten Überzeugungen, die sie nach außen tragen wollten. Demokratisierung war für die Berliner Politologen gleichbedeutend mit Missionierung.⁶

Dahinter verbarg sich ein Problem: Eine Predigt ist freilich das Gegenteil eines demokratischen Diskurses. Die Protagonisten selbst reflektierten darüber kaum und doch spiegelte es sich in ihrer Arbeit wider. Oftmals reagierten sie dünnhäutig auf Kritik. Diskussionen spielten in der Bildungspraxis gegenüber Vorträgen kaum eine Rolle. Stattdessen wollten sie die Demokratie vom Rednerpult herab lehren. In der Theorie zielten sie zunächst nicht nur auf eine kleine Gruppe von Eliten: Die Deutsche Hochschule für Politik sollte keineswegs politisches Wissen nur an eine kleine Zahl an Studierenden vermitteln. Stattdessen hatte Suhr Hörsäle voller Gasthörer:innen und Spezialseminare für einzelne Berufsgruppen wie Gewerkschaftsfunktionäre im Sinn gehabt.

Es kam anders. Der erwartete Ansturm der Bevölkerung blieb spätestens ab dem zweiten Semester der Hochschule aus und die Gewerkschaftsseminare stießen kaum auf Interesse. Stattdessen fanden sich wesentlich mehr Studierende ein als erwartet,

5 LAB B-Rep. 163 36, Richter an Suhr, 7.2.1958.

6 Obwohl religiöse Narrative bisweilen in der Praxis der Politologen auftauchen, soll keinesfalls angedeutet werden, dass diese eine „Gratwanderung zwischen Kirche und Welt“ wagten, wie dies Leonore Siegele-Wenschkewitz für die evangelischen Akademien in der frühen Bundesrepublik andeutet. Leonore Siegele-Wenschkewitz: „Hofprediger der Demokratie“ – Evangelische Akademien und politische Bildung in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland“, in: Paul Ciupke/Franz-Josef Jelich (Hg.): Ein neuer Anfang. Politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Essen 1999, S. 191–203, hier S. 202.

die von der Hochschulleitung Abschlüsse forderten, die sie im Berufsleben weiterbringen würden. Die aus dieser praktischen Forderung folgende und kaum zu vermeidende Akademisierung des Studienbetriebes mündete schließlich 1959 in die Eingliederung der Hochschule als Otto-Suhr-Institut (OSI) in die Freie Universität (FU). Bis dahin hatte sich die Hochschule zur zentralen Institution der politischen Bildung in West-Berlin entwickelt, die direkt und indirekt, über strukturelle Kooperationen und das Wirken ihrer Dozent:innen, mit den wichtigsten Akteurinnen und Akteuren auf diesem Feld zusammenarbeitete. Ihre Absolvent:innen strömten in andere Institutionen politischer Bildung. Ohne die Politologie war spätestens ab Mitte der Dekade politische Bildung in West-Berlin kaum mehr zu machen. Die neue Wissenschaft und politische Bildung bedeuteten für ihre Protagonisten ein und dasselbe.

Was diese Männer anstrebten, war nichts weniger als die Demokratisierung der Bundesrepublik. Über ganz West-Berlin, in jedes Haus und jede Wohnung, sollten sich ihre Ideen von Demokratie verbreiten. Es war ein *pluralistisches Projekt* im doppelten Sinne, das sich in der Halb-Stadt formte: Zum einem versammelten sich unter seinem Dach völlig unterschiedliche politische Richtungen und Ziele, vertreten durch so ungleiche Protagonisten wie den unorthodoxen Sozialisten Ossip Flechtheim und den Konservativen Otto Heinrich von der Gablentz.⁷ Zugleich beschreibt die Vorstellung eines Projektes der Hochschule aber auch die gemeinsame Agenda ihrer Akteure, die Idee des Pluralismus in den Köpfen bundesrepublikanischer Bürgerinnen und Bürger zu verankern und dadurch das Überleben der zweiten deutschen Demokratie zu sichern. Die Übersetzung demokratietheoretischer Ideen in die Praxis politischer Bildung war mithin ein immanenter Bestandteil des Projekts. Dieses bestimmte das gesamte Handeln der Hochschule und des OSI, sei es die Lehre und die Erwachsenenbildung, sei es die institutionelle Struktur oder die Personalpolitik. Die Politologen wurden dadurch Teil eines größeren, komplexen und widersprüchlichen demokratischen Projektes, das eben nicht nur durch Ideen, sondern auch durch spezifische demokratische Praktiken charakterisiert war. Neu ist der Begriff freilich nicht: Die deutsche Demokratie und die Demokratisierung der Deutschen sind in der jüngsten Forschung immer wieder als „Projekt“ mit all seinen „Voraussetzungen, Ambivalenzen und Eigendynamiken“ charakterisiert worden.⁸

Diesen Blick auf die bundesdeutsche Nachkriegszeit macht sich auch diese Arbeit zu eigen; sie wird dabei dezidiert die Agenda der Politologen West-Berlins fokussieren, den Berlinerinnen und Berlinern demokratische Ideen und Konzepte nahezubringen. Doch reichte ihr Anspruch über ihren unmittelbaren Wirkungsradius der Halb-Stadt hinaus: Die ganze Bundesrepublik sollte mindestens mittelbar Ziel ihrer

7 Aus ähnlicher Perspektive hat Axel Schildt die schon im November 1945 erschienene und kurzlebige intellektuelle Zeitschrift *Die Wandlung* als „wahrhaft pluralistisches Projekt“ bezeichnet. Axel Schildt: *Medien-Intellektuelle in der Bundesrepublik*, Göttingen 2020, S. 167.

8 Tim Schanetzky u.a.: Zur Einführung, in: Tim Schanetzky (Hg.): *Demokratisierung der Deutschen. Errungenschaften und Anfechtungen eines Projekts*, Göttingen 2020, S. 11–18, hier S.15; ebenso: Hedwig Richter: *Demokratie. Eine Deutsche Affäre. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München 2020, S. 10–11.

Bildungsarbeit werden. Der Begriff des „Projektes“ für diesen Anspruch war freilich kein zeitgenössischer. Doch betont der Zugang das Aktive der West-Berliner Protagonisten und ihren Willen, über den wissenschaftlichen Diskurs hinaus zu wirken. Zugleich umfasst die Bezeichnung als „Projekt“ nicht nur die Gemeinsamkeiten im Denken der Politologen, sondern auch die Entwicklung ihrer Ideen sowie die Unterschiede im Denken seiner Protagonisten.

Die Deutsche Hochschule für Politik und später das Otto-Suhr-Institut sollte einer jener Orte werden, an denen derlei Ideen in Bildungspraxis übersetzt wurden. Durch den akademischen Rahmen prägten wissenschaftliche Vorstellungen und Methoden das Projekt der Berliner. Ihre Agenda reichte über den antitotalitären Gründungskonsens der Bundesrepublik hinaus. Zwar bewegten die Politologen sich auch, aber nicht nur innerhalb des durch Antifaschismus und Antikommunismus gespannten Rahmens.⁹

Eine ganze Reihe von Fragen können an die Hochschule, das OSI und die Landeszentrale und ihre Akteur:innen gestellt werden. Drei Komplexe sind zu unterscheiden: Erstens muss es um die Inhalte politischer Bildung gehen. Welche Ideen waren für die politische Bildung maßgeblich? Welche Vorstellungen von Demokratie und Diktatur sollten den Bürgerinnen und Bürgern vermittelt werden? Wie gestaltete sich die Verbindung zwischen politischer Wissenschaft und politischer Bildung? Wie sehr bezogen sich die Akteure dabei auf Konzepte aus der Weimarer Republik? Zweitens gilt es nach den Methoden und Praktiken der politischen Bildung zu fragen: Wie übersetzten die Akteure ihre akademischen Konzepte in politische Bildung? Welche Formate und welche Instrumente wählten sie für die Vermittlung? An welche Zielgruppen wandten sie sich? Wie gestaltete sich die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren und wie reflektierten die Politologen ihre Arbeit? Zuletzt muss auf die verschiedenen Kontexte geblickt werden, in denen sich die politische Bildung bewegte: Welche Bedeutung hatte die West-Berliner Politik, welche die Strukturen von Verwaltung und Hochschulwesen? Wie spiegelte sich der Kalte Krieg in den Ideen und der Arbeit der Protagonisten wider, insbesondere in Anbetracht der speziellen geografischen Lage der Stadt? Welchen Einfluss konnten und wollten die Amerikaner ausüben? Welche Rolle spielten die jeweiligen, oftmals durch Widerstand und Flucht geprägten Biografien der Akteure in der politischen Bildung? Wie verhielten sich die Protagonisten zur Entwicklung der politischen Bildung in der Bundesrepublik? Die Gretchenfrage, die im Hintergrund dieses Bündels an Fragen lauert und sich darin kaum einordnen lässt, lautet: Welche Bedeutung kam der politischen Bildung West-Berlins im Prozess der Demokratisierung der Bundesrepublik zu?

Dieses Problem trägt die kaum zu beantwortende Frage der Wirksamkeit politischer Bildungsarbeit in sich. Ihr kann ich mich bestenfalls annähern, mich ihr allerdings auch nicht verweigern. Entsprechend gilt es einerseits darauf zu blicken, wie die jeweils anvisierten Zielgruppen qualitativ wie quantitativ die Bildungspraktiken der Berliner:innen annahmen und andererseits zu schauen, ob es ihnen gelang, bun-

9 Zum antitotalitären Konsens der Bundesrepublik zuletzt: Axel Schildt: Medien-Intellektuelle, S. 14.

desdeutsche Diskurse zu beeinflussen. Denn obwohl von der Geschichtsschreibung oftmals vernachlässigt, kann eine Geschichte der bundesrepublikanischen Demokratie entsprechend ohne die Praktiken der politischen Bildung kaum auskommen – und in diesem Zusammenhang stößt man unweigerlich auf die West-Berliner Politologie und ihre Ideen. Obwohl gewiss nicht die einzigen, so waren Fraenkel, Flechtheim und Gablentz doch zumindest im geografischen Rahmen West-Berlins (und mittelbar wohl auch in der Bundesrepublik) zentrale Akteure der Demokratisierung der Nachkriegszeit.

Die geschichtswissenschaftliche Forschung arbeitet mit dem Begriff der Demokratisierung auf zwei verschiedenen Ebenen und versteht ihn als „staatlich-institutionelle und gesellschaftlich-mentale Fundamentalliberalisierung“.¹⁰ In der Bundesrepublik hatte der formale Aufbau der Demokratie mit der Gründung und der Verabschiedung des Grundgesetzes im Mai 1949 zunächst ihren Abschluss gefunden. Die Länder besaßen schon seit 1946 stabile demokratische Strukturen. Die formale Demokratisierung bildete die Voraussetzung für das, was folgen sollte: Die „gesellschaftlich-mentale“ Demokratisierung dauerte länger. Erst im Laufe der Fünfziger- und Sechzigerjahre begannen die Bundesdeutschen demokratische Werte wie Toleranz, Konfliktbereitschaft und Zivilität zu erlernen.¹¹

Die Anwendung des Demokratisierungs-Narratives setzt zwei Grundannahmen voraus: Erstens, dass die Deutschen 1945 mehrheitlich keine Demokraten waren und zweitens, dass sie es irgendwann wurden. Demokratisierung beschreibt dann den Prozess zwischen diesen beiden Punkten. In Westdeutschland galt für viele dieses „demokratische Projekt“ erst mit der deutschen Wiedervereinigung als vollendet. Bei allen Widersprüchen und Rückschlägen, die der Bundesrepublik auf diesem Weg entgegenschlugen: *Dass* sie ihn beschritt, ist unzweifelhaft.¹² Die Stärke demokratischer Parteien, die geringe Zustimmung zu rechtsnationalen und rechtspopulistischen Gruppen in den späteren Jahren der Bonner Republik, aber auch die beständigen Umfragen durch amerikanische und deutsche Meinungsforschungsinstitute belegen diesen Erfolg.¹³ *Wie* dieser Prozess jedoch ablief und *was* die Deutschen veranlasste, zu Demokraten zu werden, ist bis heute in der Wissenschaft vielfach diskutiert. Der Antikommunismus des Kalten Krieges und das Wirtschaftswunder als integrative Elemente wurden ebenso vorgeschlagen wie die Rolle des Westens in Form von Prozessen wie Amerikanisierung und Westernisierung und der intellektuellen Einflüsse, auf denen sie fußten.¹⁴ Das waren allerdings keine abstrakten Entwicklungen ohne

10 Tim Schanetzky u.a.: Zur Einführung, S. 14.

11 Claudia C. Gatzka: Die Demokratie der Wähler. Stadtgesellschaft und politische Kommunikation in Italien und der Bundesrepublik 1944–1979, Berlin 2019, S. 24–25.

12 Tim Schanetzky u.a.: Zur Einführung, S. 11–14.

13 Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen II. Deutsche Geschichte 1933–1990, Bonn 2004, S. 221.

14 Zu Wirtschaftswunder und Antikommunismus: Ian Kershaw: Achterbahn. Europa 1950 bis heute, München 2019, S. 97–99. Zum einseitigen Kulturtransfer der Amerikanisierung und zum als Westernisierung bezeichneten westlichen Austauschprozess: Anselm Doering-Manteuffel: Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen

Akteure: Die gesellschaftlichen Veränderungen der Bundesrepublik sind nicht „ge- worden, sondern gemacht“.¹⁵

Insbesondere der Antikommunismus, oftmals verkleidet als Antitotalitarismus, spielte auf intellektueller Ebene in der ersten Dekade der Bundesrepublik eine entscheidende Rolle: Die in der NS-Zeit erlernte Gegnerschaft zum Kommunismus war abermals salonfähig und die Gleichsetzung mit der Ideologie des „Dritten Reiches“ ermöglichte, sich in die neue Gesellschaftsform einzugliedern. Damit soll nicht gesagt werden, dass sich nur Belastete dieser Denkfigur bedienten, im Gegenteil: Nicht wenige einflussreiche Denker waren bereits Gegner beider Systeme gewesen, lange bevor die Bundesrepublik gegründet wurde. Bei den meisten bedeutete ein radikaler Antikommunismus freilich auch keine Ablehnung der Idee, dass sich die moderne Demokratie durch Widerstreit und Kompromiss gesellschaftlicher Stellvertretergruppen auszeichnen würde. Pluralistische Gedanken hatten auch in der frühen Bundesrepublik ihre Anhänger, obwohl sie erst zum Ende der Fünfzigerjahre zunehmend mehr Aufmerksamkeit erfahren sollten.¹⁶

Unabhängig von den jeweiligen Vorstellungen von Demokratie galt den meisten Protagonisten (und einigen wenigen Protagonistinnen) politische Bildung als Instrument, um vor den Versuchungen totaler Diktaturen zu schützen. Politische Bildung konnte vieles sein: Sie umfasste politologische Vorträge und die Verteilung von Büchern zu politischen Themen ebenso wie politisches Theater und Kabarett. Sie fand statt in Schulen und Universitäten, im Radio und im Kino. Ihre Ziele und Konzepte wandelten sich in der Geschichte der Bundesrepublik zusammen mit ihren Methoden. Das spiegelte sich auch in den Begriffen wider, unter denen sie firmierte. In den Fünfzigerjahren kann diesbezüglich eine gewisse Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen konstatiert werden. Etwas aus der Zeit gefallen wirkte, erstens, der „Heimatsdienst“. Er hatte sich 1917 aus dem Gegensatz zum „Frontdienst“ abgeleitet und bezeichnete damals die Inlandspropaganda, für welche die Reichszentrale für Heimatsdienst zuständig war. Nach der Novemberrevolution sollte die Reichszentrale dann über politische Wissensvermittlung die Menschen zu treuen Staatsbürgern erziehen. Im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg griffen nicht wenige Institutionen der politischen Bildung den Begriff auf, beispielsweise das Büro für Heimatsdienst in Tübingen, das schon 1946 seine Pforten öffnete. So fand diese Bezeichnung erneut Eingang in die öffentliche Diskussion und hielt sich bis in die Sechzigerjahre hinein – wenn auch allzu oft nur als Worthülse.¹⁷

1999, S. 12–13; zu den intellektuellen Einflüssen u.a.: Udi Greenberg: *The Weimar Century. German Émigrés and the Ideological Foundations of the Cold War*, Princeton 2015.

15 Ulrich Herbert: *Liberalisierung als Lernprozess. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze*, in: Ulrich Herbert (Hg.): *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastungen, Integration, Liberalisierung 1945–1980*, Göttingen 2002, S. 7–49, hier S. 9.

16 Detlef Siegfried: *Die frühen 1960er Jahre als „zweite Gründung“ der Bundesrepublik*, 6.8.2016, <https://pop-zeitschrift.de/2016/08/06/die-fruehen-1960er-jahre-als-zweite-gruendung-der-bundesrepublik-von-detlef-siegfried-6-8-2016/> (letzter Zugriff: 11.7.2022).

17 Zu Häufigkeit der Verwendung des Begriffes „Heimatsdienst“ im Bundestag: „Darüber spricht der Bundestag“, in: *Die Zeit*, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-09/bundestag-jubi>

Neben dem Heimatdienst sprach man, zweitens, häufig von der Staatsbürgerkunde, wobei sich beide Begriffe inhaltlich stark überschneiden. Damit war vor allem die Ausbildung zu tauglichen Bürgerinnen und Bürgern einer Demokratie gemeint.¹⁸ Der diesem Konzept innewohnende Fokus auf den Staat blendete allerdings den Konflikt als demokratisches Element aus. Stattdessen forderte man die gesellschaftliche und politische Einheit, gar die patriotische Gesinnung des Einzelnen ein.¹⁹ Zwar begann sich eine bundesrepublikanische Erziehungsphilosophie bereits früh von den dahinter stehenden Ideen zu lösen – die beiden Theoretiker Theodor Litt und Theodor Wilhelm (unter seinem Pseudonym Friedrich Oetinger bekannt) sind die prominentesten Beispiele.²⁰ Dass der Begriff seinerzeit in der öffentlichen Diskussion noch häufig synonym zur politischen Bildung verwendet wurde,²¹ sagt viel über die Vorstellungen aus, die so mancher Bildungspraktiker damit verband, und passte nur allzu gut zu den Erwartungen, welche die Politik in der Adenauerzeit an die politische Bildung hatte: Die Diskurse drehten sich oftmals keineswegs um eine pluralistische Gesellschaft, sondern konzentrierten sich eben auf den Staat.

Das zeigt, drittens, auch die Idee des „positiven Verfassungsschutzes“, unter der die Bemühungen der 1952 eröffneten Bundeszentrale für Heimatdienst und anderer Institutionen subsummiert werden sollten. Den Ansatz hatte der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Hans Ritter von Lex, schon Anfang Juni 1950 im Bundestag in die öffentliche Diskussion gebracht. Die Demokratie müsse gegen „zersetzende Gegenpropaganda“ in die Offensive gehen. Damit stieß der umtriebige Bayer auf Zustimmung aller Fraktionen – mit Ausnahme der Kommunisten. Freilich meinten Lex und seine Unterstützer damit Antitotalitarismus und in den Fünfzigerjahren vor allem Antikommunismus.²²

Viertens erwies sich der Begriff der politischen Bildung als ungleich erfolgreicher und begann rasch an Popularität zu gewinnen. Ursprünglich geprägt wurde der Ausdruck bereits im Kaiserreich von dem Geschichtslehrer Paul Rühlmann – damals noch mit einem nationalistischen Impetus. In den Fünfzigerjahren wandelte sich seine Bedeutung hin zum Fokus auf mündige Bürger:innen, deren demokratische Teilhabe freilich politisches Wissen voraussetzte.²³ Nach dem Zweiten Weltkrieg fand er rasch

laeum-70-jahre-parlament-reden-woerter-sprache-wandel#s=heimatdienst%2Cpolitische%20bildung%2Cstaatsb%C3%BCrgerkunde (letzter Zugriff: 6.6.2020). Jolin Diekmann: Die Vorgeschichte bis 1972, S. 16.

18 Joachim Detjen: Politische Bildung. Geschichte und Gegenwart in der Bundesrepublik, München 2013, S. 3; Paul Röhrig: Politische Bildung – Herkunft und Aufgabe, Stuttgart 1964, S. 43-45.

19 Joachim Detjen: Politische Bildung, S. 43-45.

20 Matthias Busch: Staatsbürgerkunde in der Weimarer Republik. Genese einer demokratischen Fachdidaktik, Bad Heilbrunn 2016, S. 13-15.

21 Exemplarisch: „In Stube und Küche“, in: Der Spiegel, 7.5.1952.

22 Gerrit Mambour: Zwischen Politik und Pädagogik. Eine politische Geschichte der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, Schwalbach/Taunus 2007, S. 31.

23 Marco Caruso/Stefan Johann Schatz: Politisch und bildend? Entstehung und Institutionalisierung politischer Bildung in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 13-14 (2018), <https://www.bpb.de/apuz/266575/entstehung-und-institutionalisierung-politischer-bildung-in-deutschland> (letzter Zugriff: 12.12.2020).

Eingang in den Diskurs, ebenso wie in manch offizielles Dokument, beispielsweise den „Grundsätzen zur politischen Bildung“ der Kultusministerkonferenz von 1950.²⁴ Die Umbenennung der Bundeszentrale in Bundeszentrale für politische Bildung symbolisierte 1963 dann den endgültigen Durchbruch.

Jenseits solcher zeitgenössischen Begrifflichkeiten kann politische Bildung als die Vermittlung politischen Wissens gedeutet werden. Sie ist in der Theorie von der politischen Erziehung zu unterscheiden, die auf bestimmte, gewünschte politische Verhaltensweisen zielt. Freilich tauchen beide Begriffe in der Praxis gemeinsam auf und bedingen sich gegenseitig.²⁵ Der Ansatz hat zwar den Vorteil, einerseits die politische Bildung nicht ausschließlich auf jene Instrumente einzuengen, die unter diesem expliziten Label firmierten und andererseits nicht so weit auszudehnen, dass etwa jede geisteswissenschaftliche Rezension bereits als Akt politischer Bildung gelten würde. Jedoch vernachlässigt dies die Perspektive und die Agenda der zeitgenössischen Akteure, deren Vorstellungen von Bildungsarbeit mal enger und mal weiter sein konnten, sich im Übrigen in der Bundesrepublik auch erst herausbildeten. Die Vielzahl an gleichzeitig nebeneinanderstehenden und nur allzu oft synonym verwandten Begriffen zeigt, wie unterschiedlich – und in manchen Fällen vage – Ideen politischer Bildung sein konnten. Oft waren sie durch kaum mehr verbunden als durch das Ziel, Bildungsarbeit zu betreiben.

Es ist dieser Einbezug der Absicht, die als intentionale politischen Bildung bezeichnet wird. Dadurch unterscheidet sie sich von Formaten, die politisches Wissen vermitteln, ohne dies als vorrangigen Zweck zu verfolgen.²⁶ Diesen Rahmen habe ich mir auch für den Zugriff dieser Arbeit zu eigen gemacht. Ausdrücke wie Heimatdienst oder staatsbürgerliche Bildung werden im Folgenden nur als Quellenbegriffe genutzt. Ebenso konzentriere ich mich auf die sogenannte non-formale politische Bildung, die außerhalb der Schule stattfand. Gleichwohl gilt es aber, die von den Politikologen intensiv betriebene politische Weiterbildung von Lehrkräften doch an manchen Stellen in den Blick zu nehmen. Damit folge ich den gleichen Schwerpunkten, die auch die Hochschule für Politik geleitet haben. Zudem würde ein Fokus auf die politische Schulbildung eigene Fragestellungen und Methoden, aufbauend auf anderen Quellen wie Curricula und Schulbüchern erfordern.

Angesichts des unübersichtlichen Feldes sind weitere thematische Einschränkungen nötig, die allerdings zugleich Chancen darstellen. Eine Studie zur politischen Bildung mit regionalem Zugriff, noch dazu West-Berlin, verspricht ertragreich zu werden. Aufgrund ihrer Hoheit über den Bildungsbereich und der damit einhergehenden Kompetenz über eine ganze Reihe von Rahmenbedingungen drängen sich die Bun-

24 Gerhard Binder u.a.: Politische Bildung und Erziehung, Stuttgart 1953, S. 9; Grundsätze zur politischen Bildung in Schulen. Aus dem Beschluss der Kultusministerkonferenz, 15.6.1950, in: Oskar Anweiler u.a. (Hg.): Bildungspolitik in Deutschland 1945–1990. Ein historisch-vergleichender Quellenband, Bonn 1992, S. 383–384.

25 Joachim Detjen: Politische Bildung, S. 20.

26 Peter Massing: Politische Bildung, in: Uwe Anderson (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik, 8. aktual. Aufl., Heidelberg 2019 (https://doi.org/10.1007/978-3-658-23670-0_110-1).

desländer als geografische Eingrenzung einer Arbeit zur politischen Bildung geradezu auf. Allein die unterschiedlichen Konzeptionen und finanziellen Ausstattungen der verschiedenen Landeszentralen verdeutlichen, wie divers die Umstände in den verschiedenen Teilen der Bundesrepublik waren. Eben aufgrund dieser Unterschiede gewährt ein derartiger Zuschnitt der Arbeit Einblick in die teils sehr differenten *modi operandi*. Bietet eine Regionalstudie den Vorteil des detaillierten Blickes, so darf zugleich die allgemeine Entwicklung nicht aus dem Blick geraten. Diesem Zugang wird durch Rückgriffe auf die Entwicklungen in anderen Bundesländern und auf Bundesebene Rechnung getragen.

Im bundesdeutschen Bildungsföderalismus gab es naturgemäß keinen „Normalfall“. West-Berlin allerdings war der Sonderfall unter den Sonderfällen: Eingeschlossen vom sozialistischen System, „Frontstadt“ des Kalten Krieges und in den Fünfzigerjahren ökonomisches Krisengebiet, fiel die Gründung der Deutschen Hochschule für Politik dort in ein besonderes Klima. Zusammen mit dem Augenmerk, das amerikanische Behörden und Stiftungen auf West-Berlin legten und das sich in großzügiger materieller Ausstattung ausdrückte, war die Gründung einer solchen Einrichtung wohl nur an diesem Ort möglich. Das lag auch an der besonderen Bedeutung, welche amerikanische Akteure sowohl der Disziplin als auch dem Ort West-Berlin für die Demokratie zuschrieben: Aus amerikanischer Sicht sollte gerade die aufstrebende Politologie die bundesdeutschen Demokratisierungsbemühungen stemmen. Sie unterstützten die Hochschule für Politik als die Speerspitze der neuen Wissenschaft nach Kräften und trugen so dazu bei, dass sie die ihr zuge dachte Rolle einnehmen konnte. Entsprechend kann diese Studie über den regionalen Zugriff gerade die enge Verbindung zwischen früherer Politikwissenschaft und politischer Bildung herausarbeiten.

Umgekehrt begründet nicht nur die Verflechtung zwischen Wissenschaft und Bildung den Blick auf die Deutsche Hochschule für Politik, sondern auch ihre zentrale Bedeutung für die politische Bildung in West-Berlin. Als eigenständiger Akteur, als Ausbildungsstätte für eine ganze Reihe von Praktikerinnen und Praktikern der politischen Bildung und nicht zuletzt wegen ihrer Kooperationen mit anderen Einrichtungen und Organisationen, die auf dem Feld arbeiteten, bildete sie den Nukleus für die „Demokratiebildung“ in West-Berlin. Sie ins Zentrum zu rücken, verspricht über die Institution hinaus einen Zugriff auf weitere Protagonisten der politischen Bildung. Auf diese Weise kann eine Betrachtung der Hochschule, ergänzt um die Landeszentrale als zweite zentrale Einrichtung, punktuelle und pointierte Zugriffe auf die vielfältige und unübersichtliche Berliner Bildungslandschaft gewähren. Diese bestand eben nicht nur aus staatlichen Institutionen und gebildeten Akademiker:innen, sondern oft aus lokalen Initiativen, wie sie unter anderem von Volkshochschulen, Gewerkschaften und Bezirksämtern ausgingen.

Das Bild wäre aber unvollständig, würde man nur die Institutionen selbst und nicht auch die handelnden Personen in den Blick nehmen. Neben Suhr wirkten Männer wie Ernst Fraenkel, Otto Heinrich von der Gablentz und Ossip Flechthelm über Jahrzehnte in der Halb-Stadt. Durch ihr persönliches Engagement reichte der Arm der Berliner Politologie über die Mauern der DHfP und die Grenzen der Stadt hinaus und beispielsweise in Amerika-Häuser, ins Radio und in die Presse hinein. Sie wirkten

und sahen sich selbst als Intellektuelle. Dieses Selbstverständnis und die Abgrenzung von anderen Rollen wie der des Wissenschaftlers war fluide und schon zeitgenössisch sehr unterschiedlich abgegrenzt. In der Bundesrepublik kann der Fokus auf die Medien als wichtigstes Merkmal gelten; sie waren die Arena im Kampf um die Deutungshoheit.²⁷ Der „Medien-Intellektuelle“ vermittelt „Meinungswissen in den daran interessierten Teil der Öffentlichkeit.“ In Anschluss an Pierre Bourdieu ließe sich für die Berliner Akteure ein spezieller Habitus konstatieren, der sich aus dem doppelten Selbstbild als Akteure politischer Bildung und Akademiker konstituierte. Mit Blick auf die Bildungspraxis waren sie auch, aber eben auch mehr als „bloße“ Medien-Intellektuelle.²⁸ Trotzdem gilt es im Sinne einer modernen Intellektuellengeschichte auch auf Eigenheiten der Protagonisten zu blicken.²⁹

Dieses öffentliche Wirken war zentraler Bestandteil der Bildungsarbeit. Entsprechend scheiden die Mitarbeiter:innen der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit als zentrale Protagonisten dieser Studie aus. Sie verstanden sich „nur“ als Akteur:innen der Erwachsenenbildung und nicht als Intellektuelle, weswegen ein Fokus auf sie eine entscheidende Komponente des praktischen Wirkens außen vor lassen würde. Die Hochschule für Politik wiederum verfügte über sieben Abteilungsleiter mit ebenso vielen Stellvertretern und das Otto-Suhr-Institut 1960 über zehn Lehrstühle.³⁰ Wechselnde Besetzungen mit eingerechnet, ergibt dies eine Gruppe von über dreißig Akteur:innen, die für eine nähere Betrachtung in Frage kämen. Manche von ihnen wirkten nur für einige Jahre in West-Berlin – andere verstarben vorzeitig. Viele vermochten nie einen nachhaltigen Einfluss zu entfalten und entfallen dadurch ebenfalls als Protagonist:innen dieser Studie.

Das pluralistische Projekt der Hochschule wurde über zwei Dekaden von jener Handvoll Personen geprägt und vorangetrieben, die in den ersten Jahren ihres Bestehens dazustießen und erst Ende der Sechzigerjahre oder noch später altersbedingt ausschieden. Solche langen Wirkungszeiten eröffnen die Möglichkeit, nach Veränderungen und Kontinuitäten in den Ideen und der Bildungsarbeit an der DHfP zu fragen. Unter diesen prägenden Persönlichkeiten repräsentierten Ernst Fraenkel, Ossip Kurt Flechtheim und Otto Heinrich von der Gablentz den Konsens, der dem Projekt zugrunde lag, ebenso wie dessen Grenzen. Alle drei standen für eine antitotale Einstellung und pluralistische Ideen, doch unterschieden sich ihre politischen Positionen sehr. Fraenkel, in Weimarer Tagen Mitglied der SPD, trat der Partei nach

27 Axel Schildt: Medien-Intellektuelle in der Bundesrepublik, S. 9–20.

28 Ebd., S. 30–32, Zitat auf S. 32.

29 Ebd., S. 20.

30 Hubertus Buchstein nennt insgesamt 15 Gründerväter der West-Berliner Politologie: Eugen Fischer-Baling, Karl Dietrich Bracher, Martin Drath, Gert von Eynern, Ossip Kurt Flechtheim, Ernst Fraenkel, Otto Heinrich von der Gablentz, Arcadius Rudolf Lang Gurland, Max Gustav Lange, Franz Leopold Neumann, Ernst Richert, Otto Stammer, Otto Suhr, Ernst Tillich und Carl Dietrich von Trotha. Über eine ganze Reihe von Namen ließe sich gewiss diskutieren, aber als Ausgangspunkt der Überlegungen dieser Arbeit erscheinen sie geeignet. Hubertus Buchstein: Demokratiepölitik. Theoriebiografische Studien zu deutschen Nachkriegspölitologen, Baden-Baden 2011, S. 36.

seiner Rückkehr aus der Emigration 1951 zwar nicht wieder bei, sympathisierte aber mit ihrem rechten Flügel. Flechtheim hingegen, ebenfalls 1951 re-emigriert, entschied sich 1952 für das rote Parteibuch, zählte aber zu den linken Akteuren der Sozialdemokratie. Mit dem Godesberger Programm 1959 und dem Wandel der marxistischen Sozialdemokratie zur Volkspartei begann seine Entfremdung von ihnen. 1961 trat er aus und wandte sich immer mehr seiner Idee vom sogenannten Dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu. Gablentz wiederum – ein Mitglied des konservativen Widerstands gegen den Nationalsozialismus – gründete 1945 die Berliner CDU mit. Die Rehabilitierung des Konservatismus stand rasch weit oben auf seiner politischen Agenda. Zusammen standen die drei Politologen für die politische Diversität innerhalb der Hochschule für Politik.

Durch den gleichzeitigen Zugriff auf Institutionen, Ideen und Akteure der politischen Bildung stehe ich vor der methodischen Herausforderung, eine ganze Reihe von Forschungslinien miteinander verbinden zu müssen. Die Arbeit als Ganzes kann weder Kollektivbiografie noch Institutionen- oder Ideengeschichte sein und muss doch zugleich von alldem etwas beinhalten. Sie muss Struktur, Finanzierung und Verwaltungshandeln der Hochschule und der Landeszentrale ebenso in den Blick nehmen wie die Lebensgeschichten ihrer Akteure und darf nicht darauf verzichten, die Entwicklung ihrer Demokratievorstellungen nachzuzeichnen. Sollen diese Zugänge für eine Geschichte der praktischen politischen Bildung fruchtbar gemacht werden, so müssen sie auf Fragen nach ihren Inhalten, Methoden und Praktiken hin funktionalisiert werden, ohne die Entwicklung der Bundesrepublik, des Kalten Krieges und der speziellen Situation West-Berlins aus dem Blick zu verlieren. Doch bietet dieser Querschnitt die Chance, über die speziellen, akademisch geprägten Ideen und Formen der politischen Bildung, welche die Hochschule und das OSI pflegte, einen neuen Blickwinkel auf die Demokratisierung der Bundesrepublik zu eröffnen.

Eben ein solcher Zugang steht noch aus. Bis jetzt haben die Politologie und die Politikdidaktik ihre jeweilige Geschichte weitgehend unabhängig voneinander erforscht. Entsprechend unterschiedlich sind die Zugriffe: Die Politikwissenschaft interpretiert die Fünfzigerjahre vor allem als Entstehungs- und Professionalisierungsphase der Disziplin. Sie behauptet die Bedeutung der politischen Bildung mehr, als dass sie sie belegt. Die Politikdidaktik hingegen interessiert sich mit sehr weitem Blickwinkel für die Ideengeschichte des Faches und lässt institutionelle Rahmenbedingungen oftmals ebenso außen vor wie die Praxis der Bildungsarbeit. Meist dient die Geschichte politischer Bildung im Rahmen von Überblickswerken oder Studienführern nur als Vorspann für eine Erzählung gegenwärtiger Trends. Der Schwerpunkt liegt oft auf der Professionalisierung des Faches in den ersten beiden Dekaden der Bundesrepublik. Für die Fünfzigerjahre, als das Fach in weiten Teilen noch nicht existierte, dominiert dabei der Fokus auf dem Streit zwischen Theodor Litt und Friedrich Oetinger die Darstellungen. Oetinger stellte in seinen Publikationen Partnerschafts- und Gemeinschaftskonzepte ins Zentrum und verstand seine Ideen als Abkehr von alten Traditionen der Bildungsarbeit. Auch Litt distanzierte sich von der politischen Bildung der ersten deutschen Demokratie, er argumentierte allerdings für den Konflikt als Methode und Ziel politischer Bildung. Auf diese erziehungsphilosophisch

geprägte Debatte folgte, so die gängige Erzählung, erst in den Sechzigerjahren die Institutionalisierung und Professionalisierung der Politikdidaktik. Aus dem Schock der antisemitischen Schmierwelle vom Jahreswechsel 1959/60 sei der politische und fachliche Wille erwachsen, mehr Ressourcen in die Bildungsarbeit zu leiten und zugleich inhaltliche Neuausrichtungen zuzulassen, die vom Antikommunismus wegführten. Die sich von Köln in der Bundesrepublik ausbreitenden neo-nationalsozialistischen Schmierereien hätten die moderne politische Bildung erst ermöglicht.³¹

Unter den Projekten, die sich dezidiert als Geschichte der politischen Bildung verstehen, muss die Dissertation von Gerrit Mambour hervorgehoben werden. Bereits 2007 erschienen, will sie mit Blick auf die schulische politische Bildung die Entwicklung des Bereiches über die gesamte Geschichte der Bundesrepublik nachzeichnen. Sie versucht, das Spannungsverhältnis zwischen einer nach größtmöglicher Unabhängigkeit drängenden Fachdidaktik und politischen Einflüssen seitens staatlicher Akteure darzustellen.³² Mambour ordnet sich dabei in das Professionalisierungsnarrativ einer Politikdidaktik ein. Diese linear erzählte Erfolgsgeschichte mit ihrem Fokus auf großen Denker und Debatten lässt regionale und lokale Initiativen der politischen Erwachsenenbildung meist ebenso außen vor wie staatliche Einrichtungen, beispielsweise die Bundeszentrale und die Landeszentralen für politische Bildung, deren Etablierung der akademischen Politikdidaktik zeitlich vorausging.

Institutionen staatlicher politischer Bildung waren bis jetzt selten Gegenstand der Forschung; dies gilt auch für die Landeszentrale West-Berlin, deren Archivquellen für diese Studie erstmals erschlossen und ausgewertet wurden. Die Gründung und auch die Geschichte der Bundeszentrale in Bonn wurden bereits 1987 durch Benedikt Widmaier behandelt, welcher ihr eine bewahrende Rolle innerhalb der jungen Bundesrepublik zuweist.³³ Erst mehr als ein Vierteljahrhundert später wurde die Bundeszentrale erneut Gegenstand einer monografischen Studie: Gudrun Hentges betrachtet in ihrer Habilitationsschrift den Zeitraum von der Gründung der Behörde bis zur ihrer Umbenennung 1963. Sie erzählt die Geschichte einer Einrichtung, die dem Antikommunismus die höhere Priorität zumaß als der Aufklärung über den National-

31 U.a. Anja Besand/Susann Gessner (Hg.): Politische Bildung mit klarem Blick. Festschrift für Wolfgang Sander, Frankfurt am Main 2018; Wolfgang Sander/Peter Steinbach (Hg.): Politische Bildung in Deutschland. Profile, Personen, Institutionen, Bonn 2014; Thomas Helmuth/Cornelia Klepp: Politische Bildung. Geschichte, Modelle, Praxisbeispiele, Wien u.a. 2014; Heinrich Oberreuter (Hg.): Standortbestimmung politischer Bildung, Schwalbach/Taunus 2009; Joachim Detjen: Politische Bildung. Geschichte und Gegenwart in Deutschland, München 2013. Zu den Diskussionen um die Staatsbürgerkunde in der Weimarer Republik: Matthias Busch: Staatsbürgerkunde.

32 Gerrit Mambour: Zwischen Politik und Pädagogik. Mambour fasste seine Thesen noch einmal in der Festschrift für Wolfgang Sander zusammen: Gerrit Mambour: Zwischen wissenschaftlicher Theorie und schulischer Praxis. Zur Professionalisierung der Fachdidaktik aus der Sicht der Lehrerbildung, in: Anja Besand/Susann Gessner (Hg.): Politische Bildung mit klarem Blick, S. 136–145. Außerdem zum Thema: Walter Gagel: Geschichte der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1989/90, Wiesbaden 2005; Joachim Detjen: Politische Bildung.

33 Benedikt Widmaier: Die Bundeszentrale für politische Bildung. Ein Beitrag zur Geschichte staatlicher politischer Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1987.

sozialismus.³⁴ Von den der Bundeszentrale keineswegs nachgeordneten Landeszentralen wurden bis jetzt, neben einzelnen Regionalstudien zur Erwachsenenbildung oder zur Gründungszeit der Volkshochschulen, nur die Einrichtungen im Saarland, Bayern und Baden-Württemberg mit kurzen Arbeiten bedacht. Von denen konzentrieren sich jene zum deutschen Süden mit einer Ausnahme noch dazu auf die jeweilige Gründungsgeschichte.³⁵ Einen besonderen Fall der Institutionengeschichte stellt Thies Marsens Studie über die 1950 in München eröffnete Hochschule für Politik dar. Die bayerische HfP sollte ebenfalls der Demokratisierung der Deutschen dienen und war eng mit der Akademie für politische Bildung in Tutzing verbunden. Marsen gehört zu den wenigen, welche die Geschichte der Politikwissenschaft und der politischen Bildung gemeinsam erzählen.³⁶

Abgesehen von dieser Ausnahme spielt in diesen institutionengeschichtlichen Zugriffen und in der Geschichte der Politikdidaktik die Politikwissenschaft kaum eine Rolle. Mithin wird sie zur „übersehenen Wissenschaft“ in der Forschung zur politischen Bildung.³⁷ Demgegenüber widmet sich die Politologie selbst in einer Vielzahl von Arbeiten ihrer eigenen Geschichte und Rolle für die politische Bildung. Insbesondere die Hochschule für Politik der Weimarer Zeit wurde in den Achtziger-

34 Gudrun Hentges: Staat und politische Bildung. Von der „Zentrale für Heimatdienst“ zur „Bundeszentrale für politische Bildung“, Wiesbaden 2013.

35 Sabine Graf: Ein Spiegel ihrer Zeit. 60 Jahre Landeszentrale für politische Bildung des Saarlandes. Eine wissenschaftliche Dokumentation, o.O. [2018]; auch veröffentlicht als Artikel: Sabine Graf: Immer auch ein Spiegel ihrer Zeit. 60 Jahre Landeszentrale für politische Bildung des Saarlandes am Beispiel der Jahre 1957 und 1987, in: Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend 65/66 (2017/18), S. 175–216; Paul Ciupke (Hg.): Erwachsenenbildung und politische Kultur in Nordrhein-Westfalen. Themen – Institutionen – Entwicklungen seit 1945, Recklinghausen 2001; Kurt-Ulrich Gelberg: „Wer mitbestimmen will, muss etwas wissen...“. Die Entstehung der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 2005; Christine Zeuner: Erwachsenenbildung in Hamburg 1945–1972. Institutionen und Profile, Hamburg 2000; Wolfgang-Schulenberg-Institut für Bildungsforschung und Erwachsenenbildung (Hg.): Geschichte der Erwachsenenbildung in Niedersachsen. Ziele, Fragestellungen und Methoden, Arbeitstagung 1988, Oldenbourg 1988. Mit starkem Fokus auf die schulische politische Bildung: Johann Zilien: Politische Bildung in Hessen von 1945 bis 1965. Gestaltung und Entwicklung der politischen Bildung als schulpolitisches Instrument der sozialen Demokratisierung, Frankfurt am Main u.a. 1997. Mit Fokus auf die unmittelbare Nachkriegszeit im deutschen Südwesten: Uwe Uffelman: Demokratiegründung und politische Bildung. Das ‚Amt für Heimatdienst‘ und die Anfänge der Arbeitsgemeinschaft ‚Der Bürger im Staat‘ in Württemberg-Baden, in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte, 51 (1992), S. 383–410; Uwe Uffelman: Die „Arbeitsgemeinschaft der Bürger im Staat“ als Vorläufer der Landeszentrale. Zur Vorgeschichte der Landeszentrale Baden-Württemberg, in: Der Bürger im Staat 50(2000), Sonderbeilage Fünfzig Jahre „Der Bürger im Staat“, S. 3–8. Jüngst erschienen und ebenfalls zum deutschen Südwesten, aber bis in die Siebzigerjahre hineinreichend: Jolin Diekmann: Die Vorgeschichte bis 1972. Den Bürgersinn aktivieren, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hg.): Für Demokratie werben. 50 Jahre politische Bildung, Stuttgart 2022, S. 10–29.

36 Thies Marsen: Zwischen ‚Reeducation‘ und Politischer Philosophie. Der Aufbau der politischen Wissenschaft in München nach 1945, München 2001.

37 Joachim Detjen: Die „übersehene“ Wissenschaft. Anmerkungen zur Rolle der frühen Politikwissenschaft bei der Etablierung der politischen Bildung, in: Anja Besand/Susann Gessner (Hg.): Politische Bildung mit klarem Blick, S. 125–134.

und Neunzigerjahren Gegenstand einer Reihe von Studien: So demontieren unter anderem Alfred Missiroli, Detlef Lehnert und Rudolf Eisfeld den Mythos von der HfP als Zentrum der Weimarer Demokratiebildung. Insbesondere Eisfeld widerlegt, teils über die Hochschule hinausreichend, die Legende einer von der NS-Zeit weithin unbelasteten Politologie. Es war seine Forschung, die 2012 die Kontroverse um die Beteiligung des einflussreichen Tübinger Politologen Theodor Eschenburg an der „Arisierung“ während des „Dritten Reiches“ auslöste.³⁸

Für die neue Hochschule beziehungsweise das Otto-Suhr-Institut liegen ebenfalls eine ganze Reihe von Arbeiten vor.³⁹ Sie betrachten die Fünfzigerjahre als Zeitraum der linearen Akademisierung der Institution, der schließlich in der Eingliederung der Hochschule in die Freie Universität mündete. Dieser Blickwinkel liegt besonders dem noch immer maßgeblichen und 1991 erschienenen Sammelband von Gerhard Göhler und Bodo Zeuner zugrunde. Dessen Autoren interpretieren die Reformen, welche die Hochschule durchmachte, in einem dezidiert wissenschaftsgeschichtlichen Zugriff als Teil des fachlichen Professionalisierungsprozesses.⁴⁰

Einen solchen Ansatz verfolgt auch Joachim Detjen in seiner umfangreichen, 2016 veröffentlichten Schrift, die auf das Verhältnis der Gründergeneration der Politologie zur politischen Bildung blickt. Sein biografisch zentrierter Zugriff stellt die einzelnen Biografien nebeneinander und reiht sich ein in eine Tradition der politikwissenschaftlichen Forschung, die vor allem die Ideen dieser ersten Politikwissenschaftler fokus-

38 Rainer Eisfeld: *Ausgebürgert und doch angebräunt. Deutsche Politikwissenschaft 1920–1945*, Baden-Baden 2011; Detlef Lehnert: „Schule der Demokratie“ oder „politische Fachschule“? Anspruch und Wirklichkeit einer praxisorientierten Ausbildung der Deutschen Hochschule für Politik 1920–1933, in: Gerhard Göhler/Bodo Zeuner (Hg.): *Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft*, Baden-Baden 1991, S. 64–93; Detlef Lehnert: *Politik als Wissenschaft. Beiträge zur Institutionalisierung einer Fachdisziplin in Forschung und Lehre der Deutschen Hochschule für Politik (1920–1933)*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 30 (1989), S. 443–446; Antonio Missiroli: *Die Deutsche Hochschule für Politik*, Königswinter 1988. Mit Bezug zur Verbindung zwischen HfP und der Pariser *École libre de sciences politiques*: Manfred Gangl: *Die École libre des sciences politiques in paris und die Berliner „Deutsche Hochschule für Politik“*, in: Manfred Gangl (Hg.): *Berlin–Paris (1900–1933). Begegnungsorte, Wahrnehmungsmuster, Infrastrukturprobleme im Vergleich*, Bern 2005, S. 69–104; Manfred Gangl: *Die Gründung der „Deutschen Hochschule für Politik“*, in: Manfred Gangl (Hg.): *Das Politische. Zur Entstehung der Politikwissenschaft während der Weimarer Republik*, Frankfurt am Main 2008, S. 77–96.

39 Teils mit starken Rückgriffen zur „alten“ Hochschule: Gerhard Göhler: *Deutsche Hochschule für Politik – Otto-Suhr-Institut. 70 Jahre Politikwissenschaft im Westen Berlins*, in: *Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaften* 47 (2019), S. 417–527; Hubertus Buchstein: *Wissenschaft von der Politik*; Gerhard Göhler/ Hubertus Buchstein: *Deutsche Hochschule für Politik/ Otto-Suhr-Institut/Fachbereich politische Wissenschaft, Die ersten fünfzehn Jahre*, in: Karol Kubicki/Siegward Lönnendonker (Hg.): *Gesellschaftswissenschaften an der Freien Universität Berlin: Erziehungswissenschaft, Psychologie, Hochschuldidaktik, Politikwissenschaft, Forschungsverbund SED-Staat, Kommunikationswissenschaften, Soziologie und Tourismus*, Göttingen 2013, S. 101–114; Gerhard Göhler: *Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Schritte zur Professionalisierung*, in: Ebd., 115–128; Alfons Söllner: *Deutsche Politikwissenschaftler in der Emigration. Studien zu ihrer Akkulturation und Wirkungsgeschichte*, Opladen 1996. Eingebettet in die Geschichte des gesamten Fachbereiches: Wilhelm Bleek, *Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland*, München 2001.

40 Gerhard Göhler/Bodo Zeuner (Hg.): *Kontinuitäten und Brüche*.

siert.⁴¹ So hat Hubertus Buchstein in den Neunzigerjahren die demokratietheoretischen Ansätze von sechs sozialdemokratischen Politologen betrachtet – neben Ernst Fraenkel und Ossip Flechtheim noch Otto Suhr, Arcadius Gurland, Otto Stammer und Franz Neumann. Die Auswahl begründet er mit dem fachlichen Gewicht, die sie in West-Berlin eingenommen hätten. Diese bis jetzt umfangreichste Studie zur Berliner Politologie kommt unter anderem zu dem Schluss, der Antitotalitarismus sei das einzig verbindende Element zwischen den verschiedenen Persönlichkeiten gewesen.⁴²

Neben älteren Überblickswerken mit ähnlichem Zuschnitt, die sich ebenfalls auf die Demokratietheorien der Akteure konzentrieren,⁴³ liegt eine ganze Reihe von Arbeiten zu den einzelnen Protagonisten vor. Insbesondere Ernst Fraenkel wurde im Laufe der vergangenen drei Jahrzehnte zum Gegenstand zahlreicher Studien, die zum großen Teil theoriegeleitet und ideengeschichtlich orientiert sind und sich auf die verschiedenen Formen seiner einflussreichen Neopluralismustheorie konzentrieren. Eher konstatiert denn beschrieben werden die Versuche Fraenkels, den Bundesdeutschen die pluralistische Demokratie nahezubringen.⁴⁴ Daneben zielen einige wenige Arbeiten dezidiert auf seine Gedanken zur politischen Bildung.⁴⁵ Jedoch verfolgt bis jetzt nur die Monografie von Simone Ladwig-Winters einen biografischen Ansatz.⁴⁶ Andere Akteure West-Berlins stehen im Schatten dieses Interesses an Fraenkel: So ist Ossip Flechtheim bisher weitaus weniger Aufmerksamkeit geschenkt worden. Das Gros der Forschung zu ihm, inklusive einer ausführlichen Biografie, wurde von Mario Keßler geleistet, der Flechtheims Suche nach dem Dritten Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus und seine Bedeutung als einer der Gründer der Zukunftswissenschaft betont. Die sogenannte Futurologie wäre mithin eng mit Flechtheims Anspruch verbunden, auf eine Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse in der

41 Joachim Detjen: Politische Erziehung als Wissenschaftsaufgabe.

42 Hubertus Buchstein: Politikwissenschaft und Demokratie. Wissenschaftskonzeption und Demokratietheorie sozialdemokratischer Nachkriegspolitologen in Berlin, Baden-Baden 1992.

43 Hans-Karl Rupp: Macht, Freiheit, Demokratie. Anfänge der westdeutschen Politikwissenschaft. Biografische Annäherungen, Marburg 1991; Eckhard Jesse/Sebastian Liebold (Hg.): Deutsche Politikwissenschaftler – Werk und Wirkung. Von Abendroth bis Zellentin, Baden-Baden 2014.

44 dazu u.a. Michael Wildt: Die Ambivalenz des Volkes. Der Nationalsozialismus als Gesellschaftsgeschichte, Berlin 2019; Markus Porsche Ludwig: Jurist im Porträt. Ernst Fraenkel (1898–1975). Begründer der Pluralismustheorie und einer der Väter der Politikwissenschaft, in: Recht und Politik 50 (2014), S. 44–48; Hubertus Buchstein/Gerhard Göhler (Hg.): Vom Sozialismus zum Pluralismus. Beiträge zu Werk und Leben Ernst Fraenkels, Baden-Baden 2000; Alfons Söllner: Deutsche Politikwissenschaftler in der Emigration; Hubertus Buchstein: Ernst Fraenkel als Klassiker?, in: Leviathan, Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft 26 (1998), S. 458–481; mit Fokus auf sein Leben und Wirken in den Friedensjahren des Nationalsozialismus: Douglas G. Morris: Legal Sabotage. Ernst Fraenkel in Hitler's Germany, Cambridge 2020.

45 Dazu u.a. Joachim Detjen: „Was die Politikwissenschaft herausarbeitet, muss sich auch auf die politische Erziehung auswirken!“ Ernst Fraenkels Einsatz für die politische Bildung, in: Joachim Detjen (Hg.): Politik in Wissenschaft, Didaktik und Unterricht, Schwalbach/Taunus 2011, S. 29–42; Peter Massing: Ernst Fraenkel und die politische Bildung, in: Markus Gloe/ Volker Reinhardt (Hg.): Politikwissenschaft und politische Bildung. Nationale und internationale Perspektiven, Wiesbaden 2010, S. 253–265.

46 Simone Ladwig-Winter: Ernst Fraenkel. Ein politisches Leben, Frankfurt am Main 2009.

Bundesrepublik hinzuwirken. So dehnt Keßler den Blick auf Flechtheims öffentliches Wirken aus.⁴⁷ Otto Heinrich von der Gablentz' Leben und Wirken schließlich sind kaum erforscht: Die wenigen Aufsätze, die im Kontext der Widerstandsforschung gegen das NS-Regime entstanden sind, beschränken sich vor allem auf seine Zeit im Kreisauer Kreis und setzen seine gesamte Nachkriegsarbeit in Relation zu seinem Wirken in dieser Gruppe. Seine Rolle beim Aufbau der Deutschen Hochschule für Politik und sein Stellenwert in der politischen Bildung treten dahinter weit zurück.⁴⁸

Die Geschichte der Politikwissenschaft fokussiert die Demokratietheorien, welche die Hochschule für Politik dominierten. Dadurch stellt sie kaum institutionen- und biografiegeschichtliche Fragen an die Hochschule und das Institut und achtet ebenso wenig auf die Wendungen und Rückschläge in den Fünfzigerjahren. Auch bleiben die personelle und finanzielle Ausstattung der Einrichtung sowie die Rolle außen vor, die lebensgeschichtliche Details wie etwa generationelle Zugehörigkeiten und Parteimitgliedschaften für das Dozentenkollegium jenseits der Leitungsebene spielten. So hält sich auch die Vorstellung einer sozialdemokratisch dominierten Hochschule oder eines sozialliberalen Konsensus am Institut.⁴⁹

Wo die Politikwissenschaft in ihrer eigenen Geschichtsschreibung vor allem auf die Professionalisierung ihrer Disziplin blickt, haben sich zuletzt eine ganze Reihe von angelsächsischen Arbeiten der Rolle einzelner Intellektueller und Politologen für die Demokratisierung der Bundesrepublik gewidmet. Sie versuchen, die Bedeutung von demokratischen Ideen zu erfassen, die teils originär amerikanisch waren, teils ihren Ursprung in der Weimarer Republik fanden, durch Emigranten in die USA getragen und nun wiederum in der Bundesrepublik wirksam wurden.⁵⁰ Die meisten von ihnen konzentrieren sich dabei auf die Rolle einzelner Intellektueller und stellen

47 Dazu u.a.: Mario Keßler: *Ossip K. Flechtheim. Politischer Wissenschaftler und Zukunftsdenk* (1909–1998), Köln u.a. 2007; knapper aber mit ähnlicher Stoßrichtung: Mario Keßler: *Ossip K. Flechtheim im Jahrhundert der Extreme (1909–1998)*, in: Siegfried Heimann (Hg.): *Ossip K. Flechtheim, 100 Jahre*, Berlin 2009, S. 33–55. Eingebettet in ihre Arbeit über die Zukunftsforschung: Elke Seefried: *Zukünfte. Aufstieg und Krisen der Zukunftsforschung 1945–1980*, Berlin/Boston 2015.

48 Peter Steinbach: *Der 20. Juli 1944. Gesichter des Widerstandes*, München 2004; Wilhelm Ernst Winterhager: *Otto Heinrich von der Gablentz (1898–1972). Politologe an der Freien Universität Berlin*, in: Günter Buchstab (Hg.): *Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union*, Freiburg im Breisgau u.a. 2004, S. 197–204; Peter Steinbach: „Jenseits von Staat und Macht“. Zum 100. Geburtstag von Otto Heinrich von der Gablentz, in: Othmar Nikola Haberl /Tobias Korenker (Hg.): *Politische Deutungskulturen. Festschrift für Karl Rohe*, Baden-Baden 1999; Peter Steinbach: *Otto Heinrich von der Gablentz. Ein Kreisauer und bedeutender deutscher Konservativer*, in: *Mut* Nr. 383 (1999), S. 60–67.

49 Zuletzt: Michael Hewener: *Die Theorie der Außerparlamentarischen Opposition. Johannes Agnolis „Transformation der Demokratie“*, in: *Arbeit – Bewegung – Geschichte, Zeitschrift für historische Studien*, 2018/II, S. 39–53, hier S. 43.

50 Scott H. Krause: *Bringing Cold War Democracy to West-Berlin. A Shared German–American Project*, New York 2019; Noah Benezra Strote: *Lions and Lambs. Conflict in Weimar and the Creation of Post-Nazi Germany*, New York, London 2017; Brian M. Puaca: *Learning Democracy. Education Reform in West-Germany, 1945–1965*, New York/Oxford 2009. Ohne direkte Verbindung zu den Akteuren in Berlin und mit einem gewissen Fokus auf historische Netzwerkanalyse: Sean A. Forner: *German intellectuals and the challenge of democratic renewal. Culture and politics after 1945*, Cambridge 2014.

nicht selten die Bedeutung Ernst Fraenkels für die intellektuelle Demokratisierung heraus. Am pointiertesten formuliert dies Udi Greenberg, der die These vertritt, dass Fraenkel den entscheidenden Impuls für die politische Wende der SPD von einer Arbeiter- zur Volkspartei gegeben hat. Der Politologe habe das Parteivolk und die Parteiführung dazu gebracht, sich von ihrem anfänglichen Neutralitätskurs abzuwenden und die Notwendigkeit von Adenauers Politik der Westbindung anzuerkennen.⁵¹ Diese von den Institutionen politischer Bildung losgelösten Ansätze aus den USA und aus Großbritannien neigen jedoch dazu, die Wirkmacht ihrer Protagonisten zu überschätzen. Die Annahme, dass es ihnen und ihren Ideen gelang, die politische Kultur der Bundesrepublik derartig fundamental zu verändern, erscheint zu hoch gegriffen, ergänzt allerdings die bestehenden Erzählungen von Antikommunismus, Westernisierung und Wirtschaftswunder.

Freilich hat auch die Zeitgeschichte diese Narrative in den letzten Jahren angezweifelt, wie die bundesdeutsche Demokratisierung in ihrer Forschung ohnehin eine zentrale Rolle spielte, wenngleich lange nur mit Blick auf Intellektuelle und Publizisten.⁵² Dass sich dies in den letzten Jahren geändert hat, hat zu einem Wandel der Perspektive geführt: Dies betrifft einerseits die Bedeutung der genannten Faktoren für die Demokratisierung und andererseits die lineare Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik als solche.⁵³ Mit Blick auf die politische Bildung besonders erwähnenswert erscheint Nina Verheyens Dissertation, welche auf die Rolle des Diskutierens in der bundesdeutschen Gesellschaft blickt. Verheyen kommt zu dem Schluss, dass das politische Gespräch von vielen Akteuren als performativ-demokratische Praxis bis in die Achtzigerjahre hinein an Bedeutung zunahm.⁵⁴ Sie bewegt sich mit ihrer Arbeit in einer bis jetzt von allen genannten Forschungslinien kaum beachteten Lücke: Die Frage, wie die Akteure ihre jeweiligen demokratischen Ideen in Handeln übersetzten, bleibt meist unbeantwortet. In Bezug auf West-Berlin und die Politikwissenschaft gilt: Letztlich wird die Bedeutung der Politologen und der Deutschen Hochschule für Politik für die Demokratisierung nur behauptet, aber kaum hinterfragt.

Dieses Defizit gilt es in dieser Arbeit zu beseitigen. Ihre Materialgrundlage lässt sich in drei Gruppen einordnen:⁵⁵ Die erste Quellengruppe besteht aus Akten ver-

51 Udi Greenberg: *The Weimar Century*.

52 Claudia C. Gatzka: „Demokratisierung“ in Italien und der Bundesrepublik. Historiografische Narrative und lokale Erkundungen, in: Sonja Levsen/Cornelius Torp (Hg.): *Wo liegt die Bundesrepublik? Vergleichende Perspektiven auf die westdeutsche Geschichte 1945–1989*, Göttingen 2016, S. 145–165, hier S. 145.

53 Unter der Fülle von Arbeiten sollen nur einige aktuelle genannt werden. Zusammenfassend: Tim Schanetzky u.a. (Hg.): *Demokratisierung der Deutschen. Mit einer weit zurückreichenden zeitlichen Perspektive*; Hedwig Richter: *Demokratie. Als Emotionengeschichte*; Frank Biess: *Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik*, Reinbek bei Hamburg 2019.

54 Nina Verheyen: *Diskussionslust. Eine Kulturgeschichte des besseren Arguments*, Göttingen 2010.

55 Die Covid-19-Pandemie behinderte die Möglichkeiten zur Quellenrecherche massiv. Selbst zwischen den Infektionswellen im Sommer 2020 schränkten Maßnahmen wie Reservierungspflichten und geringere Mengen an Leseplätzen die Nutzung von Archiven ein. Wenngleich alle bedeutenden Materialien vor dem Ausbruch der Pandemie bereits eingesehen worden, mussten notwendige Nachrecherchen entfallen. Der Bestand am Landesarchiv Berlin war zu Beginn meiner

schiedener für die Bildungsarbeit West-Berlins zentraler Institutionen und Protagonisten. Jene der Deutschen Hochschule für Politik und der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit liegen im Archiv der Freien Universität beziehungsweise im Landesarchiv Berlin. Sie besteht zu großen Teilen aus Protokollen der maßgeblichen Gremien. Darin bildet sich zwar das alltägliche institutionelle Handeln ab, doch müssen diese Quellen mit Vorsicht behandelt werden. Weil es sich um kompakte Ergebnisprotokolle handelt, tauchen Konflikte zwischen den Teilnehmenden kaum auf oder werden nur in stark abgeschwächter Form dargestellt. Für die Landeszentrale liegen solche Aufzeichnungen ebenfalls vor, besonders in der Überlieferung der Senatsverwaltungen für Wissenschaft und Kunst sowie für Schule, Beruf, Bildung und Sport. Ein Großteil des bis vor kurzem weitgehend unerschlossenen und vor allem von der Forschung größtenteils unbeachteten Bestandes der Landeszentrale selbst besteht aus dem Schriftwechsel zwischen Richters Behörde mit Institutionen der Berliner Verwaltung und anderen Landeszentralen der Bundesrepublik. In beiden Beständen sind zudem Memoranden, Ideenpapiere und Auswertungen zu verschiedenen Instrumenten der politischen Bildung überliefert. Diese Evaluationen sind für die Forschung keineswegs nutzlos, doch muss bei ihrer Bewertung – insbesondere, wenn nach der Wirksamkeit der Instrumente gefragt wird – mitgedacht werden, dass bei ihren Verfassern das Interesse überwog, ihre Veranstaltungen in ein positives Licht zu rücken und zu legitimieren.

Ergänzt werden diese Materialien durch die Überlieferung einer Reihe von überbeziehungsweise beigeordneten Stellen. Im Falle der Hochschule handelt es sich vornehmlich um das Rektorat der Freien Universität sowie die beiden Senatsverwaltungen für Volksbildung und Wissenschaft. Für die Landeszentrale war der Chef der Senatskanzlei zuständig. Hinzu kommen Unterlagen der jeweiligen Partnerinstitutionen, wie etwa des Bezirksamtes Berlin-Neukölln für die dortige Volkshochschule. Für das Ende der Vierzigerjahre ergänzen die Mikrofiches der Berliner Abteilung des Office of Military Government United States (OMGUS) das Bild; während sich im Bestand des United States High Commissioner for Germany (HICOG) kaum relevante Informationen finden ließen. Vervollständigt werden diese Bestände durch zwei 1968 beziehungsweise 1972 im Kontext der Studentenrevolte am Otto-Suhr-Institut geschriebene Diplomarbeiten zur Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.⁵⁶

Untersuchung noch zu großen Teilen unerschlossen und unzugänglich. Meine Vereinbarung mit der zuständigen Mitarbeiterin sah vor, die Archivalien nach Bedarf notdürftig zu erschließen und mir dadurch Zugriff zu gewähren. Durch die erzwungene Arbeitspause fehlt etwa ein Achtel der Akten, die ich nicht einsehen konnte und die nicht in dieses Buch eingeflossen sind. Die Titel auf den Ordnerrücken lassen darauf schließen, dass es sich um wenig vielversprechendes Schriftgut handelt, zumal die Erfahrung zeigt, dass bei dem betroffenen Bestand Titel und Inhalt der Akten übereinstimmen. Das ist jedoch nur eine fundierte Vermutung und kein Wissen. Ob dort nicht doch noch geschichtswissenschaftliche Schätze lagern, die einen neuen Zugang zur Geschichte der Landeszentrale erlauben würden, muss vorerst unklar bleiben.

56 Ines Schulz: Die Tätigkeit der Berliner Landeszentrale für politische Bildung unter dem Gesichtspunkt ihrer Aufgabe „den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat im Bewußtsein der Bevölkerung zu fördern und zu festigen“ (Richtlinien des Beirates der Landeszentrale von 1958), unveröff. Dipl.-Arbeit, Berlin 1968; Klaus Böger: Anspruch und Praxis der Landeszentrale für

Bei der zweiten Quellengruppe handelt es sich um die Nachlässe der zentralen Akteure. Jener von Ossip Flechtheim liegt im Exilarchiv der Deutschen Nationalbibliothek in Frankfurt am Main, jener von Otto Heinrich von der Gablentz im Archiv für Christlich-Demokratische Politik in Sankt Augustin. Für Ernst Fraenkel finden sich zwei Bestände: Bei jenem am Archiv der Freien Universität handelt es sich um eine „Sammlung“ Fraenkel. Dort wurden Dokumente, die Fraenkel an der FU zurückgelassen hatte, mit Kopien aus seinem eigentlichen Nachlass im Bundesarchiv Koblenz kombiniert. Alle vier Bestände enthalten erhebliche Mengen an Einladungen, Ankündigungen und Manuskripten zu Vorträgen und anderen Veranstaltungen der politischen Bildung. Darüber hinaus erlauben Korrespondenzen einen Zugang auf die institutionelle Geschichte der Hochschule für Politik und des OSI. Dies gilt besonders für Fraenkel, der fleißig seinen gesamten Briefverkehr abheftete – so manche Werbeflyer inklusive.

Die dritte Quellengruppe schließlich besteht aus gedruckten Quellen. Dabei handelt es sich um die Publikationen zeitgenössischer Politologen. Hier haben Alexander von Brünneck und seine Kollegen durch die Edition von Ernst Fraenkels gesammelten Schriften erhebliche Vorarbeit geleistet.⁵⁷ Auch die Vorlesungsverzeichnisse der DHfP beziehungsweise des OSI liegen vollständig vor. Gemeinsam mit Veranstaltungsübersichten aus den Archivbeständen bilden sie eine umfassende Übersicht über die Themen, welche die Politologen in der Lehre und in ihrer Bildungsarbeit behandelten. Freilich ist die Aussagekraft von Veranstaltungstiteln begrenzt, doch da nicht immer ausführliche Manuskripte oder Notizen der Dozenten vorliegen, sind sie insbesondere im Kontext der Ereignisse um 1968 am Otto-Suhr-Institut oftmals alternativlos, um sich ein Bild von den Inhalten der Bildungspraxis zu machen. Flankiert wird dieser Quellenkorpus einerseits von regionalen Presseberichten, die in einer am Archiv der Sozialen Demokratie befindlichen Zeitungsausschnittsammlung zusammengestellt wurden und andererseits von Beiträgen überregionaler Medien, beispielsweise *Spiegel* und *Zeit*. Sie füllen so manche Überlieferungslücken des ungedruckten Materials. Dies gilt ebenso für die wenigen Arbeiten autobiografischer Natur oder mit biografischem Bezug, wie sie im Nachgang der 68er-Revolution von Ekkehard Krippendorff, Götz Aly und Hajo Funke mit erheblichem zeitlichen Abstand und politischer Agenda geschrieben wurden.⁵⁸

Da die Hochschule für Politik beziehungsweise das Otto-Suhr-Institut die prägende Institution der politischen Bildung in West-Berlin war, setzt der Hauptteil der Studie mit deren Gründung im Jahr 1949 ein. Das Ende des Untersuchungszeitraumes orientiert sich an zwei Jahreszahlen: 1972 normalisierte eine Strukturreform des OSI

politische Bildungsarbeit Berlin und mögliche Schwerpunkte ihrer zukünftigen Arbeit, unveröff. Dipl.-Arbeit, Berlin 1972. Die Arbeit von Schulz wurde von Kurt Sontheimer, die von Börger von Werner Skuhr betreut. Beide Arbeiten befinden sich im Besitz der Landeszentrale für politische Bildung Berlin.

57 Ernst Fraenkel: *Gesammelte Schriften*, Band 1–6, Baden-Baden 1999–2011.

58 Ekkehard Krippendorff: *Lebensfäden. Zehn autobiografische Versuche*, Nettersheim 2012; Götz Aly: *Unser Kampf 1968. Ein irritierter Blick zurück*, Frankfurt am Main 2009; Hajo Funke: *Das Otto-Suhr-Institut und der Schatten der Geschichte. Eine andere Erinnerung*, Berlin 2008;

die Situation der Politologie an der Freien Universität nach fünf Jahren Studentenrevolte zumindest institutionell. 1974 verließ Flechtheim als Emeritus das Institut und mit ihm der letzte Angehörige der Gründergeneration.

Aufgrund des Gewichts der alten Hochschule für Politik und der staatstheoretischen Diskussionen der Weimarer Republik in den Zwanzigerjahren ist jedoch zu Beginn eine Rückblende nötig. Danach orientiert sich die Erzählung weitgehend an den institutionellen Zäsuren der West-Berliner Politologie, ohne dabei zugleich die Bedeutung dieser Brüche allzu sehr betonen zu wollen. Das erste Kapitel umspannt den Zeitraum von 1919 bis 1952/53. In den drei Dekaden, die mit 1933, 1945 und 1949 drei Wendepunkte der deutschen Geschichte umschließen, fanden die zentralen Selbstverständigungsprozesse der späteren Gründerväter der West-Berliner Politologie statt. Deren Ausgangspunkt bildete nicht die alte Hochschule – die gleichwohl als strukturelles Vorbild fungierte – sondern die demokratietheoretischen Diskurse der Weimarer Republik und das persönliche Erleben von Verfolgung, Widerstand und Flucht während der NS-Zeit. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges leiteten sie daraus ihre Agenda der demokratischen Bildung ab, die sie in die neue Hochschule einbrachten, unterstützt durch die amerikanische Reeducation beziehungsweise Reorientation. Die ersten vier Jahre waren durch einen Findungsprozess geprägt, in dessen Zuge sie ihr eigenes Profil zwischen Wissenschaft und öffentlichem Wirken zu schärfen versuchten. Es war die letzte Stufe in der Herausbildung des pluralistischen Projektes, dessen Wurzeln bis in die Zwanzigerjahre zurückreichten.

1953 schloss die Hochschule mit der Freien Universität einen Vertrag über die Möglichkeit zur Promotion von Politologen. Diese Zäsur war schon den Zeitgenossen bewusst, bezeichneten sie die Jahre ab dem Sommersemester 1953 doch bald als „Vertragszeit“.⁵⁹ Das folgende Kapitel knüpft unmittelbar daran an. Es beschreibt die institutionellen Entwicklungen der Hochschule in den verbleibenden Fünfzigerjahren und wie sich in dieser Zeit das spezifische Profil der politischen Bildung an der Hochschule herauschälte. Die Dekade war insbesondere durch die Eingliederungsverhandlungen geprägt. Es gilt, die fachliche Professionalisierung und die strukturelle Akademisierung an der DHfP zu erfassen. Dabei erstreckt sich die Betrachtung auf die Demokratietheorien von Fraenkel, Flechtheim und Gablentz, über die akademische Lehre für die Studierenden und externe Kooperationen bis hin zum Wirken der Einzelpersonen in der bundesdeutschen Öffentlichkeit.

Der dritte Abschnitt setzt nach der Eingliederung in die Freie Universität ein und folgt dem gleichen Schema: Etablierte Instrumente der politischen Bildung werden nur noch cursorisch behandelt und vor allem auf mögliche Veränderungen angesichts der Liberalisierung der Bundesrepublik abgeklopft. Ins Zentrum rückt hier die rasch an Bedeutung gewinnende politische Bildung von Lehrkräften, der sich die Hochschule nun zuwandte, nachdem der Berliner Senat durch eine Reform des Faches Gemeinschaftskunde den dafür notwendigen Bedarf geschaffen hatte. Sie be-

59 FU, UA, DHfP, Box 253, Mappe Aufstellungen und Statistiken Sommer 56–59, Grafik zur Entwicklung der Deutschen Hochschule für Politik, Sommersemester 1958.

stand aus drei ressourcenintensiv betriebenen Vorstößen: Man wollte Einfluss auf die Inhalte des Faches und das langsam entstehende Lehramtsstudium Sozialkunde erlangen, Weiterbildungskurse für Lehrkräfte aufbauen und Hefte als Unterrichtshilfen erarbeiten. Die beiden letztgenannten Aspekte waren Kooperationsvorhaben mit der Landeszentrale, doch lag die Verantwortung für Form und Inhalt bei den Politologen. Die Bedeutung des OSI in dieser Frage markiert den Erfolg, den das pluralistische Projekt inzwischen verbuchen konnte. Zugleich jedoch begannen sich, erst unmerklich, dann immer offener, die Brüche in den Ideen der Politologen zu vertiefen. Die Konflikte entzündeten sich an der Frage, ob die Bundesrepublik eine gesellschaftliche Demokratisierung nötig habe. Der Konsens am Institut bröckelte zusehends.

Das vierte Kapitel bricht die chronologische Ordnung auf: 1958 wurde die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit gegründet, die sich unter ihren ersten beiden Direktoren Dietrich Spangenberg und Karl Richter rasch zu einer zentralen Akteurin in der West-Berliner Bildungslandschaft entwickelte. Es gilt darzustellen, wie es der Landeszentrale gelang, trotz ihrer begrenzten Personalausstattung zur zweiten zentralen Akteurin der politischen Bildung in West-Berlin zu avancieren und welche Rolle die Ideen der Politologen für ihre Arbeit spielten. Diese Entwicklung spielte sich vor allem in den Sechzigerjahren ab, war einerseits eng mit dem OSI verflochten und fand andererseits unabhängig von der Politologie statt. Daher und da die Landeszentrale für politische Bildung in West-Berlin zu bedeutend gewesen ist, um sie zu ignorieren oder lediglich im Rahmen der Geschichte der Politologie zu betrachten, gilt es, ihr einen eigenen Abschnitt in dieser Arbeit zu widmen. Eine stärker systematische Vorgehensweise bietet die Chance herauszuarbeiten, wie sich das pluralistische Projekt der Politologen jenseits ihrer eigenen Institution weiterentwickelte und auf diese Weise seine Wirkmacht spürbar ausweitete.

Der fünfte und letzte Abschnitt lenkt den Blick schließlich wieder auf das Otto-Suhr-Institut und seine Auseinandersetzung mit der 68er-Bewegung. Die Forderung der Studierenden nach mehr Mitbestimmung in der Universität stieß am OSI zunächst auf wenig Widerstand. Viele Professoren teilten sie und versuchten durch Kooperation zugleich, eine gewisse Kontrolle über die Entwicklung zu erhalten. Allerdings verloren sie im Zuge der darauffolgenden Radikalisierung der linken Kräfte aus Studentenschaft und Mittelbau immer mehr Einfluss. Zugleich versuchte auch die Landeszentrale angesichts der Herausforderungen durch die Revolte auf einem schmalen Grat zu balancieren: Sie konnte die neue Lage in der Bundesrepublik und in West-Berlin nicht ignorieren, wollte ihren bewährten *modus operandi* trotzdem nicht aufgeben.

Als die Studentenrevolte am OSI eskalierte, waren zwei Jahrzehnte seit der Gründung der Hochschule vergangen. Die Entwicklung in den Fünfziger- und Sechzigerjahren war weder ein linearer Aufstieg noch frei von Fehlschlägen und doch insgesamt eine Erfolgsgeschichte. Unter dem institutionellen Rahmen und mit der Personenkonstellation, wie sie in West-Berlin vorzufinden war, wurde aus dem alltäglichen Handeln der Hochschule und der Landeszentrale eine stückweise Demokratisierung und aus politischer Wissenschaft zwingend politische Bildung. Ihr pluralistisches Projekt wuchs in zwanzig Jahre zum Fundament der Bildungsarbeit in

der Halb-Stadt. Auf diesem ruhten auch Karl Johannes Richters Vorstellungen. Als er Susanne Suhr um ein Bild ihres verstorbenen Ehemannes bat, verlieh er damit auch seiner Bewunderung für eine spezielle Form der politischen Bildung Ausdruck. Die Quellen schweigen darüber, ob Frau Suhr dem jungen Mann seine Bitte erfüllte. Wir wissen nicht, ob Otto Suhr jedem Besucher der Landeszentrale entgegenblickte. Doch schon allein dadurch, dass Richter die Bitte vortrug, positionierte er sich innerhalb der komplexer werdenden Landschaft der politischen Bildung West-Berlins. Symbolisch erklärte der künftige Leiter der Behörde, dass die Ideen über Demokratie und politischer Bildung von Suhrs Hochschule sein Leitfadens sein sollten. Von ihnen und ihren Protagonist:innen handelt diese Geschichte.